

Die kapitalistischen Plagen

Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos

Von Elmar Altvater

Die zehn biblischen Plagen, die der Gott des Volkes Israel über die Ägypter brachte, darunter vergiftete Brunnen, Stechmücken, die schwarzen Blattern, Viehpest, Froschlawinen, Heuschreckenschwärme und eine Sonnenfinsternis, sind unbestätigte Geschichte, über die im Zweiten Buch Moses des Alten Testaments berichtet wird. Dass Milliarden Menschen heute Hunger leiden, dass die fossile Energieversorgung in Zukunft nicht gesichert sein wird, dass das globale Klima zu kollabieren droht, dass die globale Finanzkrise horrende Billionenverluste verursacht und inzwischen auch Millionen Arbeitsplätze verloren gehen, ganze Industriezweige wegbrechen und die Masseneinkommen sinken, sind hingegen unbezweifelbare Tatsachen des gegenwärtigen kapitalistischen Weltsystems. Die modernen Plagen belasten die heute lebenden Menschen in ganz ähnlicher Weise wie die ägyptischen Plagen die Zeitgenossen vor mehr als 3000 Jahren.

Die Finanzkrise wird zur Wirtschaftskrise

Anfang Oktober 2008 schätzte der Internationale Währungsfonds (IWF) die Verluste der globalen Finanzkrise auf 1400 Mrd. US-Dollar. Nur einen Monat später erhöhte die Bank of England auf das Doppelte, auf 2800 Mrd. US-Dollar. Das ist nahezu drei Mal so viel wie die Verluste, die die Bank of England noch im April des Jahres angegeben hatte. Von den 2800 Mrd. entfallen 1577 Mrd. US-Dollar auf die USA. Im Euro-Gebiet kommen noch einmal 785 Mrd. US-Dollar und in England 127 Mrd. US-Dollar hinzu.¹

Offenbar ist die Krise nicht unter Kontrolle zu bringen – trotz der staatlichen Subventionen und Bürgschaften in der noch vor wenigen Monaten absurd erscheinenden Höhe von einigen tausend Mrd. US-Dollar beiderseits des Atlantiks und inzwischen auch in Japan, China, Russland und Lateinamerika. Fast täglich kommen neue finanzielle Hilfen für angeschlagene Banken und große Industriefirmen hinzu. Die „staatlichen Eventualverbindlichkeiten“

¹ Vgl. Naohiko Baba, Patrick McGuire und Goetz von Peter, Highlights of International Banking and Financial Market Activity, Bank for International Settlement, BIS Quarterly Review, 6/2008; Bank of England, Financial Stability Report, 10/2008; Europäische Zentralbank, Monatsbericht 11/2008; John Foster Bellamy und Fred Magdoff, The Great Financial Crisis – Causes and Consequences, New York 2009 [i.E.].

im Eurogebiet, so die Europäische Zentralbank (EZB) in ihrem Monatsbericht vom November 2008, erreichen heute mehr als 2000 Mrd. Euro. Das wären 21 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wenn sie denn in Anspruch genommen werden. Das aber ist angesichts der heraufziehenden Rezession nicht unwahrscheinlich.

Denn die Krise hat längst das Finanzgehege verlassen und wächst sich – entgegen den Mutmaßungen vieler, selbst kritischer Ökonomen noch Ende 2008 – zur schweren Krise der „realen“ Wirtschaft aus. Die Arbeitslosigkeit steigt sprunghaft, der Druck auf die Einkommen wird größer. Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sinken, so dass die Finanzierung von Sozialleistungen schwieriger wird, zumal viel Geld vom Bankensektor zum Ausgleich der Verluste in den Bankbilanzen und für den Ersatz von verspekuliertem Eigenkapital absorbiert wird. Die „fiskalischen Kosten der gegenwärtigen Finanzmarkturbulenzen“ beziffert die EZB im Eurogebiet auf rund 3 Prozent des BIP; die Europäische Kommission hat ein Konjunkturpaket in Höhe von 200 Mrd. Euro beschlossen und versucht damit, eine gewisse Koordinierung der hektischen Konjunkturpolitik in den EU-Ländern zu erreichen.

Das Weiße Haus gab bereits unter der Regierung Bush, im November 2008, 150 Mrd. US-Dollar für fiskalpolitische Eingriffe frei. Barack Obama versprach nach seiner Wahl im November 2008 fiskalische Mittel zur Erhaltung von 2,5 Millionen Jobs. Kurz vor Weihnachten wurde diese Zahl auf 3 Millionen aufgestockt. Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman schlug für die USA deshalb ein Konjunkturpaket in Höhe von 750 Mrd. US-Dollar vor. Mit den nunmehr verabschiedeten 790 Mrd. Dollar liegt die neue Regierung sogar knapp über dieser Marke (obwohl sie den Republikanern erhebliche Zugeständnisse machte und die ursprünglich angestrebten 1000 Mrd. nicht erreichte). Das sind bald 7 Prozent des US-Sozialprodukts, das Defizit der öffentlichen Haushalte wird sich damit in etwa verdoppeln. Auch China lässt sich mit einer zugesagten Finanzspritze im Wert von 460 Mrd. US-Dollar nicht lumpen. (Das Reich der Mitte hat allerdings so hohe Reserven gesammelt, dass es sich dafür noch nicht einmal verschulden muss.) All diese gigantischen Beträge könnten jedoch in dem Augenblick hinfällig sein, wenn infolge der Krise der Realwirtschaft Kredite massenhaft ausfallen und dann der bisher nur befürchtete Versicherungsfall tatsächlich eintritt. Dann könnten bis zu 60000 Mrd. US-Dollar Credit Default Swaps (CDS) fällig werden und den Finanzsektor trotz öffentlicher Hilfen zur Explosion bringen.²

Die Konjunktur des Keynesianismus

In Anbetracht der dramatischen Lage ertönt – fast 40 Jahre nach Präsident Nixons Ausruf „Heute sind wir alle Keynesianer“ – ein Echo: „Yes we are, yes we can“. Selbst diejenigen zählen sich heute dazu, die noch vor gar nicht

2 Besonders fatal wirkt der Umstand, dass einige Staaten bereits 2008 nahezu bankrott waren (Island, Ukraine, Ungarn) und das Kreditausfallrisiko für Staatsanleihen generell gestiegen ist, vgl. „Süddeutsche Zeitung“, 2.1.2009, S. 23.

langer Zeit jede Nachfragesteuerung durch aktive Fiskalpolitik als ökonomischen Irrsinn und gefährlichen Eingriff in den Marktautomatismus ablehnten. Der Ernst der Lage scheint begriffen: Man steckt die Kosten der Finanzkrise weg und pumpt obendrein hunderte Milliarden Euro und Dollar in den globalen Wirtschaftskreislauf.

Die Eile ist verständlich. Denn wie wäre den Wählerinnen und Wählern zu erklären, dass man zwar 20 Prozent des Sozialprodukts den Banken und Bankern zur Verfügung stellt, aber für die Erhaltung und Schaffung von Jobs kein Geld hat? Doch man gebe sich keinen Illusionen hin: Der gegenwärtige post-neoliberale Keynesianismus dient in erster Linie der Legitimationsbeschaffung von Umverteilungsmaßnahmen zur Rettung der angeschlagenen Finanzinstitutionen und Unternehmen. Ein Fünftel des Sozialprodukts schlucken Banken und andere Finanzinstitutionen zur Kompensation ihrer Verluste aus öffentlichen Mitteln und durch den Austausch fauler Papiere gegen gutes Zentralbankgeld. Doch ein Fünftel des globalen Sozialprodukts wird in den nächsten Jahrzehnten auch der Klimawandel kosten, wenn nicht endlich etwas dagegen getan wird. Dies ergibt sich aus dem viel zitierten Report von Nicholas Stern für die britische Regierung aus dem Jahr 2006³ oder aus den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC).⁴

Man kann sich also aussuchen, welche Plage den größeren Schauer auslöst: die gigantischen Verluste durch die globale Finanzkrise oder die astronomischen Kosten des Klimawandels. Der ist inzwischen bittere Realität und bestimmte daher zunehmend die öffentlichen Debatten – bis diese sich nach dem Zusammenbruch einiger global operierender Großbanken (Bear Sterns, Lehmann Brothers) nur noch um die Rettungspakete für den Finanzsektor drehten. Diese Krise lieferte denn auch das wichtigste Argument für die klimapolitischen Bremser: Das Hemd ist bekanntlich näher als der Rock. Ganz in diesem Sinne wird nun auch eine Renaissance der Atomwirtschaft betrieben – ungeachtet ihrer nach wie vor völlig unkalkulierbaren Gefahren.

Die horrenden Kosten der Finanzkrise haben auch vergessen lassen, dass nach FAO-Angaben mindestens 923 Millionen Menschen in der Welt Hunger leiden und dass die Energiekrise wegen der Begrenztheit der fossilen Ressourcen (Peak Oil) keineswegs vorüber ist.⁵ Auch wenn der Ölpreis infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sank, weil die Industrieproduktion stagniert und teilweise sogar rückläufig ist: Das wird sich sehr bald wieder ändern; die Grundtendenz des Preises für fossile Energie weist bereits wieder nach oben – was die schwache Weltkonjunktur zusätzlich belasten wird.

Trotz alledem: Die gegenwärtige Finanzkrise allein wäre kein Novum in der Geschichte des Kapitalismus. Unzählige Menschen haben in den historischen Finanz- und Wirtschaftskrisen viel verloren; das wird in der gegenwärtigen

3 Dokumentiert in „Blätter“, 12/2006, S. 1513-1516; vgl. auch Nicholas Stern, Stern-Review on the Economics of Climate Change, Her Majesty's Treasury, Government of the United Kingdom, 2009.

4 Vgl. IPCC, Fourth Assessment Report of the IPCC on Climate Change, 2007.

5 Vgl. Teresa Caverio und Carlos Galián, Die Lehren aus der Nahrungsmittelkrise, in: „Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung“, 12/2008, sowie Hauke Ritz und Otto Wiesmann, Peak Oil: Der globale Krieg ums Öl, in: „Blätter“, 7/2007, S. 837-844; Elmar Altvater, Öl-Empire, in: „Blätter“, 1/2005, S. 65-74.

globalen Krise nicht anders sein – auch wenn die Verluste beim „Mann auf der Straße“ bisher noch nicht mit ihrer ganzen Wucht angekommen sind. In Finanz- und Wirtschaftskrisen ging und geht jedoch „nur“ Geld verloren, und deshalb kollabiert das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht. Im Gegenteil, die ökonomischen Krisen sind eine Art „Jungbrunnen“ des Systems, das durch „schöpferische Zerstörung“, so Josef A. Schumpeter, in den Krisen seine Herrschaftsbasis erneuert.⁶ Das war auch Karl Marx klar: „Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen“ – bis zur nächsten Krise.⁷

Bei Naturkatastrophen, auch bei den von Menschen zu verantwortenden, ist das anders. Sie verursachen in aller Regel nicht nur hohe monetäre Kosten, wie sie im schon erwähnten „Stern-Report“ für die britische Regierung über die Kosten des Klimawandels kalkuliert werden, sondern auch irreversible Veränderungen, zumeist Verschlechterungen der natürlichen Umwelt. Auch wenn wir eine ausgerottete Pflanzen- oder Tierart in Geld aufwiegen könnten, sind wir nicht in der Lage, sie wieder zum Leben zu erwecken. In der bisherigen Menschheitsgeschichte sind infolge ökologischer Katastrophen regionale oder lokale Kulturen auf der Strecke geblieben; die Gesellschaften auf den Osterinseln sind verschwunden, die Kulturen der Maya und der Inka auch. In Zeiten der Globalisierung können die Krisen der Natur jedoch den globalen Kollaps von Klima, Energieversorgung, Biodiversität und daher der Produktion von Nahrungsmitteln zum Ergebnis haben. Das wäre nicht nur – wie in der Finanzkrise – ein bitterer monetärer Verlust, sondern viel mehr: die irreparable Zerstörung natürlicher und mithin auch menschlicher Lebensgrundlagen.⁸

Der „Springpunkt“ der politischen Ökonomie und die „Mutter aller Krisen“

Wir müssen daher – angesichts von Finanz-, Wirtschafts- und ökologischer Krise (Energiekrise als Folge von „Peak Oil“, drohender Klimakollaps, Unterversorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln in vielen Weltregionen) – an die von Karl Marx als „Springpunkt“ der politischen Ökonomie bezeichnete entscheidende Erkenntnis vom „Doppelcharakter“ der Arbeit und der Ware erinnern: In der Ökonomie haben wir es nach vorherrschendem Verständnis vor allem mit Wert- und Geldkreisläufen zu tun, die als grundsätzlich reversibel interpretiert werden. Das verauslagte Kapital kehrt – um den Gewinn vermehrt – zu sich selbst zurück; im Englischen heißt der Profit daher *returns to capital*. Gleichzeitig jedoch finden in Produktion, Transport, Kommunikation und Konsum grundsätzlich irreversible stoffliche und energetische Transformationen

6 Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950.

7 Karl Marx, *Das Kapital*, Band III, MEW 25, S. 277.

8 Zur Problematik der „Monetarisierung“ ökologischer Zerstörung, gerade im Zusammenhang des Klimawandels, vgl. Elmar Altvater, Kohlenstoffzyklus und Kapitalkreislauf – eine „Tragödie der Atmosphäre“, in: Elmar Altvater und Achim Brunnengräber (Hg.), *Ablasshandel gegen Klimawandel. Marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen*, Hamburg 2008, S. 149-168. – Der Kollaps von Kulturen und Zivilisationen ist minutiös protokolliert worden von Jared Diamond, *Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*, Frankfurt a. M. 2006.

statt, die unweigerlich die Entropie des Systems Erde steigern. Das muss uns nicht kümmern, solange wir uns weit entfernt von den Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen und der Tragfähigkeit von Senken für Schadstoffe befinden. Nähern wir uns aber mit Siebenmeilenstiefeln und immer größer werdendem „ökologischem Fußabdruck“ den natürlichen Grenzen des Planeten Erde, müssen wir ihnen Rechnung tragen. Tun wir das nicht, werden wir scheitern.

Dieses soziale und politische Scheitern an ökologischen Grenzen hat jedoch erheblich weiterreichende Wirkungen als die monetären Verluste in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Debatten um die Grenzen folgen aber nicht objektiven Sachverhalten der Natur, sondern sie sind von unserem Wissen abhängig, von sozialen und ökonomischen Interessen bestimmt, und nicht zuletzt sind sie politisch gefiltert. Daher ist es nicht möglich, die Krisen von Finanzen, Wirtschaft, Energie und Klima unabhängig und losgelöst voneinander zu behandeln, gerade weil sie sich doch wechselseitig beeinflussen.⁹

Die „Mutter aller Krisen“ ist das Produktions- und Konsummodell der kapitalistischen Metropolen. Es verlangt hohe Zuwachsraten der Produktivität, ist auf Massenproduktion und Massenkonsum ausgelegt und daher auch auf massenhaften Naturverbrauch von Rohstoffen, von fossiler Energie, von Landflächen. Auch die Biodiversität und damit die Evolution des Lebens werden durch Monokulturen beeinträchtigt. Zugleich sind die Industrieländer die ökonomischen und politischen Machtzentren der globalisierten kapitalistischen Welt und hätten das Potential, der systemischen Krise entgegenzusteuern – wenn denn ihre Eliten mitmachen würden. Das Geld ist eines der Medien der staatlichen Interventionen in Ökonomie und Gesellschaft. Doch es fehlt, wenn Maßnahmen gegen den Hunger oder gegen den drohenden Klimakollaps – oder auch „nur“ zur Schaffung von Arbeitsplätzen – zu finanzieren sind, weil unvorstellbar viel gutes Geld in das Finanzsystem gepumpt wird, um schlechtes, kontaminiertes Geld zu neutralisieren und das System vor dem Kollaps zu retten. Auf zwölf Mrd. US-Dollar haben die Industrieländer die Mittel gegen den Hunger zusammengestrichen, wie die Hilfsorganisation Oxfam bitter beklagt. Mit diesem Betrag könnte man jedem der 923 Millionen hungernden Menschen gerade einmal elf US-Dollar zur Verfügung stellen, die diese zum Überleben benötigen. Das World Food Program der UNO braucht 2009 dringend 5,2 Mrd. US-Dollar, um den Hungernden in Haiti, im Kongo und anderswo wenigstens notdürftig zu helfen.¹⁰ Hier wird noch nicht einmal gekleckert, bei der Bankenrettung hingegen massiv geklotzt. Das ist auch ein Zeichen für einen Kollaps – nämlich für den Kollaps der Moral im finanzgetriebenen Kapitalismus.

Begrenzte reale Überschüsse und unbegrenzt finanzielle Forderungen

Wie konnte es überhaupt zu der wahrscheinlich tiefsten Finanzkrise in der Geschichte des Kapitalismus kommen?

⁹ Vgl. dazu ausführlich Elmar Altvater, *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*, Münster 2005.

¹⁰ Vgl. „Süddeutsche Zeitung“, 2.1.2009, S. 17.

Finanzielle Forderungen der Institutionen des Finanzsektors müssen real bedient werden, und solange dies gelingt, laufen die Geschäfte normal, und niemand denkt auch nur im Entferntesten an eine Zahlungsklemme oder gar an eine Finanzkrise. Die Fähigkeit, die Forderungen zu bedienen, wird freilich von zwei Seiten her untergraben: erstens, wenn die Überschüsse des realen Akkumulationsprozesses, aus denen finanzielle Forderungen bedient werden müssen, zurückgehen, und zweitens, wenn gleichzeitig die Renditeforderungen von finanziellen Investoren steigen. Beides ist vor der Finanzkrise geschehen. Dadurch hat sich die Schere zwischen einem außer Rand und Band geratenen Finanzsektor, in dem immer absurdere Renditeforderungen generiert wurden, und realer Leistungsfähigkeit der Produktion weit geöffnet. Die kapitalistische Ökonomie ist eben doch keine virtuelle Veranstaltung, wie postmoderne Theoretiker unterstellen. Überschüsse müssen real produziert werden, wenn sie denn die virtuellen Forderungen, die nur als Bits und Bytes existieren, befriedigen sollen.

Die realen Überschüsse müssen umso mehr zunehmen, je größer bereits der Kapitalwert ist, um die Rendite oder Profitrate (die Relation zwischen Überschuss und vorgeschossenem Kapital) zu stabilisieren oder zu steigern. Das gilt entsprechend auch für das Wachstum des Sozialprodukts. Der absolute Zuwachs muss größer werden, damit die Wachstumsrate im Zeitverlauf nicht abnimmt. Doch die realen und keineswegs virtuellen Überschüsse lassen sich nicht exponentiell steigern. Dafür gibt es in der ökonomischen Theorie viele Erklärungsangebote, angefangen mit dem klassischen Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses über die Marxsche Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate und die post-keynesianische Theorie einer säkularen Stagnation bis zur Theorie von den Grenzen des Wachstums in der ökologischen Ökonomie.

Wenn die realen Überschüsse in Relation zum Kapitalvorschuss oder zum BIP abnehmen, können sich die Bezieher finanzieller Renditen noch eine Zeitlang aus der Substanz bedienen und die „Akkumulation des Kapitals durch Enteignung“¹¹ fortsetzen: durch eine Umverteilung der bereits erzeugten Wertschöpfung vom globalen Süden in den Norden, von Schuldner zu Kreditgeber, von denjenigen, die von Arbeit abhängig sind, zu den Geldvermögensbesitzern und Kapitaleignern. Kein Zufall also, dass der Anteil von Löhnen und Gehältern in allen Industrieländern in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Globalisierung um fünf bis zehn Prozentpunkte reduziert und die Unternehmens- und Vermögenseinkünfte entsprechend erhöht worden sind.¹² Eine Weile kann durch diese Umverteilung die Leistungsfähigkeit der „realen Ökonomie“ zum Schuldendienst an den Finanzsektor aufrechterhalten werden, jedoch nicht auf Dauer, weil ihre Substanz unterminiert wird. Die Legitimationsressourcen von Gesellschaften im globalen Raum werden überfordert, und auch die ökonomischen Mechanismen lassen eine grenzenlose Fortsetzung der Akkumulation durch Enteignung nicht zu. Die Umverteilung

11 Vgl. David Harvey, *The New Imperialism*, Oxford 2003; ders., *The ‚New‘ Imperialism: Accumulation by Dispossession*, in: Leo Panitch und Leys Colin (Hrsg.), *The New Imperial Challenge: Socialist Register 2004*, London 2004, S. 63-87.

12 Vgl. dazu die Ausführungen des IWF, *World Economic Outlook*, April 2007, S. 168.

der Einkommen zugunsten der Geldvermögensbesitzer löst nicht nur sozialen Widerstand aus, sondern hat auch eine Reduktion der Massennachfrage zur Folge, die für den reibungslosen Absatz von Waren oder auch zur „ordentlichen“ Bedienung von Hypothekenschulden fehlt. Kosteneinsparungen im Verlauf des Akkumulationsprozesses wirken zunächst positiv auf die Profitrate. Doch dadurch ausgelöste Umweltschäden kehren wegen des irreversiblen Charakters jeder Produktion und Konsumtion unweigerlich in die Gesellschaft und den Wirtschaftskreislauf zurück und mindern die Rentabilität des Kapitals. Dies ist spätestens dann der Fall, wenn die „sozialen Kosten der Privatwirtschaft“ (K. William Kapp) sozialen und politischen Widerstand provozieren, weil sich die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern.¹³

Akrobatik der Finanzjongleure jenseits der Grenzen des Wachstums

Die realen Überschüsse geraten also an jene Grenzen, die für alle Transformationsprozesse von Stoffen und Energien gelten. Im Kapitalismus erscheinen die Grenzen – formspezifisch – als Fall der Profitrate, durch den die Dynamik der Akkumulation zum Erliegen kommen kann. Dann ist die Krise unvermeidlich. Gleichzeitig steigen jedoch seit den letzten Jahrzehnten die finanziellen Forderungen, so als ob es natürliche Grenzen und die sozialen Widersprüche des realen Reproduktions- und Akkumulationsprozesses nicht gäbe. „Finanzinnovationen“ scheinen ein Nirwana höchster Renditen und daran gekoppelter Traumgehälter von Managern zu eröffnen.¹⁴ Die weltweite Konkurrenz der Finanzstandorte wird mit hohen Renditen und Zinsen ausgetragen. Um die Renditen von „Investoren“ zu steigern, werden neue Finanzinstitutionen gegründet: Investmentbanken, verschiedenste Fondstypen, Zweckgesellschaften. Von diesen werden neue Finanzinstrumente auf den Markt gebracht, immer mit hohen Renditeversprechen, ohne dass dabei das Risiko realistisch mitgeteilt würde. Ratingagenturen, die es eigentlich transparent machen sollten, tragen stattdessen dazu bei, Risiken bei der „Akkumulation durch Enteignung“ zu vertuschen. Das ist massenhaft bei der Verbriefung von Hypothekenkrediten geschehen, die die Basis für windige Kreditpyramiden und fiktives Kapital wurden. Beim Handel mit den papiernen Werten wurde gut verdient, solange die immer höher spekulierten (Papier-)Pyramiden auf der Basis steigender Immobilienwerte standen. An den Geschäften wollen sich alle beteiligen. Neue Finanzplätze werden durch Deregulierung und lasche Aufsicht attraktiv gemacht, zum Beispiel das eisige Island, wo man schnell lernte, dass der Kundenfang unter den Schnäppchen-Finanzanlegern in ganz Europa weniger ungemütlich ist, als Kabeljau im Nordatlantik zu fangen.

13 James O'Connor hat dies vor zwei Jahrzehnten als „second contradiction“ der kapitalistischen Akkumulation bezeichnet; vgl. James O'Connor, *Capitalism, Nature, Socialism. A Theoretical Introduction*, in: „*Journal of Socialist Ecology*“, 1/1988, S. 11-45; vgl. auch William K. Kapp, *Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft*, Tübingen und Zürich 1958.

14 Dazu ist inzwischen sehr viel publiziert worden, vgl. etwa Lucas Zeise, *Ende der Party: Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft*, Köln 2008; Sarah Wagenknecht, *Wahnsinn mit Methode – Finanzcrash und Weltwirtschaft*, Berlin 2008.

Die Akrobatik der Finanzjongleure wird immer waghalsiger, beispielsweise um die „Hebelwirkung“ des Eigenkapitals zu steigern. Mit einem Euro werden mehr als 10 Euro, manchmal sogar 100 Euro bewegt, um hohe finanzielle Überschüsse zu gewinnen, die – bezogen auf das im Vergleich zum eingesetzten Kapital geringe Eigenkapital – dessen Rendite enorm steigern. Zweistellige Renditen von Finanzanlagen gibt es daher auch in einer Lage, in der die realen Wachstumsraten nur gering sind. Der Finanzsektor erweckt den Eindruck, als sei er von den realen Verhältnissen gänzlich unabhängig, als hätten wir es tatsächlich mit einer virtuellen Ökonomie zu tun, in der satte Renditen aus dem Nichts geschaffen werden. Dass in einem solchen Umfeld Arbeit nichts gilt und sogar verachtet wird, dass Gewerkschaften als Organisationen der Arbeit nur als Störenfriede der Geschäfte wahrgenommen werden, ist ebenso wenig verwunderlich wie das Unverständnis der Ökonomen gegenüber theoretischen Ansätzen, in denen die Arbeit als wertschöpfende Kraft interpretiert und nicht dem dominanten Aberglauben gefrönt wird, demzufolge sich Werte beim Zocken im Kasino bilden.

Verschuldung für Konsum und Spekulation anstatt für Investition

Die gleichzeitig enorm wachsende Verschuldung dient weniger der Finanzierung von Investitionen in der Produktion als der Ausweitung von Finanzgeschäften und dem Konsum. In den USA ist dies offensichtlich: Die Schulden der Verbraucher sind in den Vereinigten Staaten seit 1975 von weniger als 740 Mrd. US-Dollar auf fast 11 500 Mrd. US-Dollar (bzw. von 62 auf 127,2 Prozent des verfügbaren Einkommens) hochgeschneilt; das Verhältnis der gesamten Schulden zum BIP stieg von circa 160 Prozent zu Beginn der 70er Jahre auf 340 Prozent im Jahre 2005.¹⁵ Den Schulden entsprechen auf der anderen Seite ebenso wachsende Geldvermögen, die nach Anlage suchen. Deren „Nachfrage“ führt eben zu dem Angebot der neuen spekulativen „Vehikel“, mit denen die hohen Renditen eingefahren werden können. Die Schuldenexplosion in den USA hat auch eine geopolitische Dimension, weil ein Großteil der spiegelbildlich dazugehörigen Geldvermögen als Devisenreserven in China, Japan, Russland und einigen anderen Ländern mit positiver Leistungsbilanz, wie etwa Deutschland, gehortet wird.

Angesichts der Vorherrschaft des Finanzsektors vor der „realen Ökonomie“ ist es kein Wunder, dass Kurzfristigkeit und Shareholder Value das unternehmerische Handeln seit Jahrzehnten bestimmen. Doch es bewahrheitet sich, was John Maynard Keynes schon vor der Publikation seiner „Allgemeinen Theorie des Geldes, der Zinsen und der Beschäftigung“ in seinem „Treatise on Money“¹⁶ feststellte: Finanzmärkte sind instabil, denn Finanzmarktakteure rechnen mit Zukunftserträgen, und die Zukunft ist ungewiss und risikoreich.¹⁷ Finanzielle Instabilitäten können sich zu Finanzkrisen zuspitzen. Eine Speku-

¹⁵ Vgl. Foster und Magdoff, a.a.O., S. 29, 47.

¹⁶ John Maynard Keynes, Vom Gelde, München und Leipzig 1932.

¹⁷ Hyman P. Minsky, Stabilizing an Unstable Economy, New Haven und London 1986.

lationswelle nach der anderen überrollt denn auch die verschiedenen Weltregionen, die seit der Liberalisierung der globalen Finanzmärkte seit den späten 70er Jahren alle schwere Schulden- und Finanzkrisen durchmachen mussten: Zunächst war die „Dritte Welt“ von der Schuldenkrise der 80er Jahre betroffen. Die Folge war ein „verlorenes Jahrzehnt“. Die Schwellenländer mussten ein Jahrzehnt später die Finanzkrise durchmachen, die in Mexiko 1994 ihren Anfang nahm und dann 1997 die asiatischen „Tiger“ erfasste, 1999 Brasilien und 2001 Argentinien zurückwarf. Auch die USA machten Finanzkrisen durch: die Sparkassenkrise („savings and loan“) und die Krise, die der Welle von feindlichen Übernahmen folgte (1986 bzw. 1989), die „New-Economy“-Krise 2000 und schließlich die *subprimecrisis*, die inzwischen nicht nur den US-amerikanischen Immobiliensektor erfasst hat, sondern viele andere Branchen. Sie hat fast allen Ländern der kapitalistischen Weltwirtschaft immense Verluste beschert – und 2009 wird die Krise mit Sicherheit kein Ende finden.

Die Lehre daraus ist einfach: Renditen von 20 Prozent und mehr auf das Eigenkapital bei realen Wachstumsraten von 1 oder 2 Prozent sind auf Dauer nicht zu haben; sie sind weder ökonomisch noch sozial und ökologisch tragfähig. Nur ein Tor kann dies leugnen. Irgendwann können die finanziellen Forderungen des Finanzsektors real nicht mehr bedient werden. Sie erweisen sich zu einem beträchtlichen Teil als wertlos, wenn die Forderungen, die sie verbriefen, nicht mehr erfüllt werden können. Dies zeigte sich in der derzeitigen Finanzkrise zuerst bei Hypothekenkrediten in den USA, erfasste aber alsbald auch Kreditkarten, den Konsumentenkredit und andere Kreditbeziehungen. Es entsteht ein immenser Abschreibungsbedarf, den niemand genau beziffern kann, weil die Deregulierung und die verbreitete Verbriefungspraxis auch zu einer an Blindheit grenzenden Intransparenz geführt haben.

Heute jammern selbst die härtesten Neoliberalen über die „falsche Deregulierung“. Diese hätte eine „Gier“ freigesetzt, die noch durch falsche Anreizsysteme honoriert worden sei.¹⁸ Da ist etwas dran, auch wenn man die Gier nicht als psychologischen Defekt interpretieren sollte, sondern als Eigenschaft von „Charaktermasken“ im „Börsenspiel der Bankokraten“ (Marx). Sie handeln, wie Käpt'n Ahab in Herman Melvilles „Moby Dick“ von sich sagt, „ganz rational“ – nur das Ziel und die Regeln seien verrückt.

Falsche Auswege aus dem Labyrinth der Krise

Die Finanzkrise ist nur ein, wenn auch besonders wichtiges Moment der kapitalistischen Systemkrise. Diesem Sachverhalt gilt es Rechnung zu tragen, wenn nach Auswegen aus dem Labyrinth der Krise gefahndet wird. Manche Lösungsangebote für die Finanzkrise sind nämlich geeignet, die Energie-, Klima- und Ernährungskrise zu verschärfen. Deren Rückwirkungen können die kapitalistische Ökonomie und daher auch die Finanzsysteme in neue und

18 Vgl. das Interview mit Jochen Sanio, in: „Die Zeit“, 16/2008, S. 32.

tieferer Krisen drängen. Auch hier müssen wir uns wieder an den „Springpunkt“ des Doppelcharakters aller Prozesse in einer kapitalistischen Ökonomie erinnern: Produktion, Zirkulation und Konsumtion verändern notwendigerweise die Natur. Umgekehrt haben die Transformationen von Stoffen und Energien und der lebendigen Natur Konsequenzen auch für die ökonomischen und finanziellen Prozesse und mithin auch für die Regulation in der Krise. Dies gilt es im Auge zu behalten, wenn man die drei derzeit meistdiskutierten Lösungspakete der Finanz- und Wirtschaftskrise diskutiert: erstens die Übernahme der Bankverluste durch die öffentliche Hand, also die Sozialisierung der Verluste bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Finanzinstitutionen; zweitens die massiven Investitionsgelegenheiten, die einen neuen Aufschwung einleiten sollen; und drittens die Externalisierung der Kosten der Krisenüberwindung und die daraus sich ergebenden geopolitischen Konflikte.

Erstens: Die Liquiditätsfalle oder der Mangel an profitablen Investitionsgelegenheiten

Die Krise lässt sich nicht bewältigen, indem Geld in die klammen Kassen der Banken und Finanzinstitutionen gespült wird. Denn damit wird nicht die reale Produktion jenes Überschusses angeregt, aus dem die finanziellen Forderungen allein befriedigt werden können. Wenn die staatlichen Mittel das geschwundene Eigenkapital ersetzen oder gar der Staat Geschäftsbanken in der einen oder anderen rechtlichen Form übernimmt, bleibt die Institution als solche erhalten, nur ihr Konkurs wird vermieden. Dienen die staatlichen Mittel dazu, die faulen Forderungen aufzukaufen, dann wird der „Giftmüll“ in den Banktresoren durch gutes Zentralbankgeld oder sichere Staatspapiere ersetzt. Es werden Löcher der Finanzinstitutionen gestopft, indem ihnen ein Forderungsaustausch ermöglicht wird: statt wertloser Papiere, die abgeschrieben werden müssten, bekommen sie gute Papiere mit Staatsgarantie, oder sie ersetzen einfach das von Managern in „irrationalen Überschwang“ (Alan Greenspan) verzockte Eigenkapital der Finanzinstitutionen durch neues, gutes Kapital. Der Staat sozialisiert die privat generierten Verluste und belastet damit den Steuerzahler.

Dennoch dürfte den mit milliardenschweren monetären Infusionen getreteten Finanzinstitutionen und ihren Managern eine bequeme Fortsetzung des finanzgetriebenen Modells nicht möglich sein. Denn die Renditen der vergangenen Bonanza können, wenn die vom Staat bereitgestellten Mittel denn tatsächlich investiert werden, nicht mehr erzielt werden. Das blendende Geschäft mit Subprime-Hypotheken ist vorbei, verbriefte Papiere werden jetzt mit dem Geigerzähler geprüft, bevor sie ins Portefeuille genommen werden, und die so profitablen langen Hebel des *Leverage*-Systems werden gekappt, um nicht erneut in die Risikofalle zu geraten. Also wird der marktgläubige Neoliberalismus wie eine aus der Mode geratene Kutte zusammen mit den kontaminierten Finanzprodukten mit dem *dernier cri* eines neoliberalen Keynesianismus modisch aufgemöbelt. „Wir müssen umdenken – ja sogar durchaus keynesia-

nisch“, heißt die neue Devise.¹⁹ Angebotspolitik, das A und O neoliberaler Politikkonzepte, ist wirkungslos, weil der private Sektor sich auf einmal risikoscheu zurückhält. Daher muss der Staat Liquidität bereitstellen, die auf dem Interbankenmarkt nicht zu bekommen ist, und obendrein mit massiver Nachfrage die Unternehmen stützen und eventuell gar entgegen dem neoliberalen Dogma übernehmen. Sonst schnappt die Liquiditätsfalle zu.

Denn nur der Staat ist aufgrund des Steuermonopols in der Lage, Einkommensflüsse an den Finanzsektor umzuleiten. Darin besteht sein einzigartiges Privileg, das nun von den privaten Finanzinstitutionen und anderen Unternehmen genutzt wird. Damit steht aber sogleich die Frage im Raum, aus welchen Steuern und von wem die Mittel erhoben werden, die den privaten Unternehmen zugeleitet werden, um ihre Spekulationsverluste auszugleichen. Wie kann die Umverteilung zugunsten des Finanzsektors durch „die da oben“ legitimiert und die Akzeptanz des Umverteilungsmanövers durch „die da unten“ erreicht werden? Unweigerlich kommt die heute so genannte Frage der „governmentalität“ bzw. der „governance“ von globaler Umverteilung auf.²⁰ Politische Konflikte sind vorgezeichnet – und werden bereits ausgetragen, wie etwa in den Auseinandersetzungen um die im internationalen Vergleich eher schmalbrüstigen Konjunkturpakete der deutschen Bundesregierung. Kurzum: Keynesianer können angesichts der Interventionen in die Wirtschaft einen Sieg vermelden. Oder handelt es sich dabei doch nur um einen Pyrrhussieg?

Zweitens: Die ökologischen Fallstricke keynesianischer Nachfragepolitik

Denn an wen und für welche Geschäfte kann das staatliche Kapital von den Banken ausgeliehen werden? Eine ordentliche Bedienung und Rückzahlung ist ja nur möglich, wenn es einer Bank gelingt, das Geld „arbeiten“ zu lassen, also in neue Anlagefelder zu investieren und dafür solvente neue Schuldner zu finden. Es reicht also nicht, die monetären Titel mit Hilfe staatlicher Garantien zu retten; die reale Wirtschaft muss einen Überschuss produzieren, um die Titel bedienen zu können. Nach den Finanzkrisen in Asien, Russland, der Türkei und Lateinamerika floss der Kapitalüberhang zu einem großen Teil in die New Economy und pumpte eine Spekulationsblase auf. Nachdem diese im Jahr 2000 geplatzt war, wurde das gerettete Kapital im Immobiliensektor angelegt – bis im Jahr 2007 die Subprime-Krise ausbrach. Und nun?

Anders als in den bloßen Finanzkrisen in Zeiten der Globalisierung ist in dieser Krise der Nationalstaat gefragt. Er muss mit Investitionsprogrammen dafür sorgen, dass der Bankkreditmarkt wieder in Gang kommt. Die Banken müssen wieder mehr die Mittlerrolle zwischen „Sparern“ und „Investoren“ übernehmen. Diese Funktion ist in einer kapitalistischen Geldgesellschaft notwendig, nur lassen sich dabei keine Ackermannschen Traumrenditen erzielen. Das Investmentbanking, für das an deutschen Universitäten gerade neue Lehrstühle geschaffen wurden, bietet keine Perspektive mehr.

¹⁹ So der neoliberale Hardliner Wolfgang Schäuble in einem Interview im „Handelsblatt“, 28.11.2008.
²⁰ Vgl. dazu Sven Opitz, *Gouvernementalität im Postfordismus*, Hamburg 2004.

Tatsächlich werden immer wieder neue Investitionsgelegenheiten in die Diskussion gebracht. Die ökologischen Krisen, so heißt es, würden nicht nur das Potential eines Kollapses in sich bergen, sondern auch neue Chancen für Investoren auf Finanzmärkten bieten – auch wenn diese Abstriche bei den bislang so üppigen zweistelligen Renditen machen müssten. Die Internationale Energieagentur (IEA) bringt den Investitionsbedarf der Ölindustrie und der dazugehörigen Infrastruktur in den kommenden 20 Jahren mit ihrem „World Energy Outlook 2008“ in die Diskussion.²¹ Sie hält immerhin ein 20 000-Mrd.-US-Dollar-Geschäft für möglich: etwa bei der Erneuerung und dem Ausbau der Förderanlagen, beim Bau neuer Pipelines, bei Investitionen in Raffineriekapazitäten, Tanker und andere Transportvehikel.

Die neuen Geschäftsfelder für Finanzanleger würden allerdings erhebliche Kollateralschäden zeitigen. Das fossile Energiesystem könnte nochmals um einige Jahrzehnte verlängert werden. Das Automobil würde damit auch weiterhin die individuelle Mobilität gewährleisten. Das ist eine gute Nachricht für die Automobilindustrie, die durch Finanzkrise und drohenden Klimakollaps und die Auflagen, den klimaschädlichen Schadstoffausstoß zu reduzieren, auf eine bisher unerforschte Strecke gesetzt wurde. Doch sind die Investitionen unsicher. Denn erstens ist „Peak Oil“ eine ökonomisch inzwischen relevante Realität; das heißt, die Ölförderung hat ihren Höhepunkt erreicht. Dann aber tendiert der Ölpreis zwangsläufig wieder nach oben, auch wenn er infolge des krisenbedingten Nachfragerückgangs zeitweise sinken kann. Zweitens ist die politische Stabilität in den Ölregionen nicht nur infolge des „Staatszerfalls“ und der Unregierbarkeit mancher Länder gefährdet, sondern auch aufgrund der politischen und militärischen Konflikte untergraben, in die die großen Ölverbraucher-Länder verwickelt sind. Drittens sind auch die globalen Logistik-Netzwerke verletzlich, wie die neuen Formen der Piraterie zeigen.

Die IEA hält es aus energiepolitischen Gründen angesichts von Peak Oil auch für notwendig, in den nächsten zwei Jahrzehnten weltweit jährlich 20 bis 30 Atommeiler ans Netz gehen zu lassen. Hier lockt ein Geschäft in der Größenordnung von hunderten Milliarden US-Dollar, hauptsächlich für die großen Energieversorgungsunternehmen. Ausstieg aus der Atomenergie? Nein danke, die Finanzkrise lässt es nicht zu – so lautet die neueste Argumentationslogik. Angesichts der politischen Konflikte, die ein einziger Atommeiler im Iran heute bereits provoziert, ist die Verbreitung von hunderten von Atomkraftwerken in aller Welt ein geradezu absurdes, ja selbstmörderisches Szenario. Es unterstreicht die Einschätzung, dass es sich bei den Krisen unserer Tage um verschiedene Ausdrucksformen einer Systemkrise der kapitalistischen Produktionsweise handelt. Daher wäre es angebracht, nicht nur nach Lösungen für die Finanz- und Wirtschaftskrise zu suchen, sondern nach einem integralen Konzept, das auch die Lösung der „Kollateralkrisen“ einschließt.

Auch im Klimaschutz bieten sich günstige Investitionsgelegenheiten, jedenfalls auf den ersten Blick. Was in den Klimaberichten zunächst als eine Bedrohung präsentiert wird, erscheint auf den zweiten Blick als Chance. Im

21 International Energy Agency, World Energy Outlook, OECD/ IEA, Paris 2008.

bereits zitierten Stern-Report besteht die Bedrohung darin, dass durch den Klimawandel ein Fünftel des globalen Sozialprodukts verloren werden könnte. Doch gibt es die Chance, das Unglück für die Menschheit abzuwenden, wenn bereits heute kontinuierlich ein Prozent des globalen BIP in den Klimaschutz investiert würde. Diese Förderungen werden sogar zum großen Geschäft, wenn man den Emissionshandel im Zuge des derzeit vorbereiteten und in Kopenhagen im kommenden Dezember zu verabschiedenden Kyoto-II-Abkommens globalisiert. Das Volumen des europäischen Emissionshandels beträgt derzeit weniger als 100 Mrd. US-Dollar, weltweit rechnen Optimisten mit einem Potential von bis zu 20 000 Mrd. US-Dollar, zumal wenn der Klimaschutz auch den Schutz der Wälder einbezieht. Das sind zwar wahrscheinlich übertriebene Erwartungen, da der Emissionshandel wohl nur dann in diesen Größenordnungen in Gang kommen kann, wenn alle Länder zustimmen und möglichst viele Branchen einbezogen werden – und wenn die Finanzmärkte sich nach der Krise „normalisieren“. Und dennoch wird deutlich: Wenn man Klimapolitik mit „marktbasierenden Instrumenten“ den Finanzjongleuren auf globalen Finanzmärkten überlässt, kommt in ihren Kreisen Hoffnung auf. Klimapolitiker hingegen geraten bei diesen Aussichten einer finanzgetriebenen Klimapolitik in tiefe Depressionen.²²

Auch Investitionen zur Extraktion mineralischer Rohstoffe, zur Inwertsetzung der Meeresböden²³ und zum Anbau von Agrokraftstoffen erscheinen dann nämlich hochrentabel. Es wäre ein ergiebiges Anlagefeld, wenn ganze Landstriche in Monokulturen von Agrosprit verwandelt würden; es wäre jedoch auch sehr konfliktreich.²⁴ Nicht nur soziale Bewegungen, etwa Bauernorganisationen wie Via Campesina, wehren sich mit sozialen und ökologischen Argumenten gegen die Monokulturen großer Agrokonzerne. Auch politische und wissenschaftliche Institutionen in den Industrieländern raten wegen der negativen Konsequenzen für die Biodiversität und den Wald- und Klimaschutz zur Vorsicht.²⁵

Ob daher in diesen Geschäftsfeldern ein guter Teil des brachliegenden und nicht entwerteten bzw. durch staatliche Infusionen ersetzten Kapitals investiv absorbiert werden könnte, ist fraglich. Nur wenn die berechtigten Bedenken und der daraus resultierende Widerstand nicht existierten oder wenn sie, wie auch immer, überwunden werden könnten, kann die Verwandlung der ökologischen Bedrohung in ökonomische Chancen für Investoren gelingen. Bis dahin bleiben die von manchen erwarteten massiven Investitionen aus.

Die Folgen für den Finanzsektor sind fatal. Denn nur wenn es den Finanzinstitutionen gelingt, die durch die Nationalstaaten bereitgestellten finanziellen Rettungspakete als Kredite an solide Schuldner zu investiven Zwecken auszuleihen, ist eine Rückzahlung der staatlichen Rettungspakete an die öffentlichen Kassen zumindest zu einem Teil gewährleistet, sonst nicht. Hier zeigt sich erneut, wie bedeutsam es ist, den Doppelcharakter der Arbeit und der

22 Vgl. Altvater/Brunnengräber, Ablasshandel, a. a. O.

23 Vgl. Hermannus Pfeiffer, Umkämpfte Meere, in: „Blätter“, 6/2007, S. 754-758.

24 Vgl. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Klima, Ressourcen und Krieg, in: „Blätter“, 2/2008, S. 45-54.

25 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung, Globale Umweltveränderungen, Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung, WBGU 2008.

Ware zu berücksichtigen: Die finanziellen Verpflichtungen der Banken können nur erfüllt werden, wenn sie in Forderungen gegenüber Investoren verwandelt werden. Diese müssen bedient werden, und zwar real aus produzierten Überschüssen. Der Preis allerdings wäre hoch, nämlich die Fortsetzung des Entwicklungsmodells der ökologischen Zerstörung – es sei denn, die Krise wird in anderer Weise, als bislang unterstellt, genutzt, nämlich als eine echte Chance für einen „systemischen Modellwechsel“.

Drittens: Geopolitische Auseinandersetzungen

Ein hoher Preis wird nämlich auch dann fällig, wenn die Transfers an den Finanzsektor nicht investiv in der realen Wirtschaft verwendet werden (können). Dann müssten entweder die Steuerzahler die Verluste übernehmen, oder sie werden in einem inflationären Prozess umverteilt und unter den Marktteilnehmern „gestreut“. Die Verluste der Finanzinstitutionen würden dann als Kaufkraftverlust der Währung alle, wenn auch sehr unterschiedlich, treffen. Vor allem würden jene weniger Verluste erleiden, die über Sachvermögen verfügen, oder die es schaffen, ihre Geldvermögen rechtzeitig in reale Werte zu verwandeln. Soziale Gerechtigkeitsvorstellungen würden dadurch verletzt, und die Forderung nach einem Lastenausgleich käme auf.

Daher liegt der Versuch nahe, die Verluste des Finanzsektors und die nachfolgenden Kaufkraftverluste der Währung mit Hilfe einer Abwertung der Währung zu externalisieren. Diese Möglichkeit haben freilich nur Länder, deren Währung als Reservewährung gehalten wird, andere Länder haben sie nicht. Wenn diese die Währung abwerten, kann es wie in den 30er Jahren zu einem Abwertungswettkampf kommen. Damals diente die Abwertung primär dem Zweck, möglichst viele Marktanteile auf umkämpften Weltmärkten zu halten oder auszuweiten. Die Abwertung mit dem Ziel der Externalisierung von Finanzverlusten hingegen hat einen anderen Charakter. Weil sehr viele Länder zum Teil sehr hohe Dollarreserven akkumuliert haben, könnten die USA mit einer Entwertung des US-Dollar erreichen, dass die amerikanischen Steuerzahler nicht mit den Billionenverlusten ihres Finanzsystems belastet werden. So könnten interne politische Konflikte zwar vermieden werden, doch der Preis ist hoch, selbst für die USA. Denn dann drohen geopolitische Auseinandersetzungen – zwischen den Vereinigten Staaten und den Ländern mit großen Dollar-Reserven, also zwischen den USA und der EU, China, Russland, Brasilien und anderen Schwellenländern. Diese Länder gewinnen gegenwärtig an Einfluss, etwa im Rahmen der G20. Die großen Schwellenländer können nun nicht mehr, wie bei den G8-Treffen üblich, am „Katzenstisch“ abgeseigt werden. Sie haben mitzureden, sowohl bei der Regulation der globalen Finanzkrise als auch bei der Beseitigung der euphemistisch so genannten „globalen Ungleichgewichte“. Diese sind ein Resultat des US-amerikanischen Zwillingsdefizits in Staatshaushalt und Leistungsbilanz, das vom Ausland finanziert worden und daher zu hohen Dollar-Forderungen gegenüber den USA aufgelaufen ist. Die USA müssen also nicht nur die Bank-

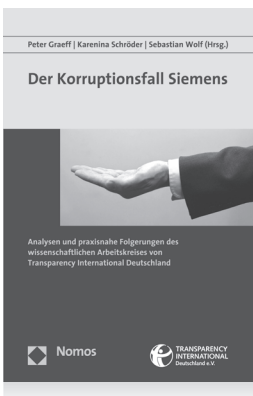
institute und die kränkelnden Unternehmen stützen, sondern dabei auch auf externe Gläubiger Rücksicht nehmen. Das engt den eigenen Handlungsspielraum zusätzlich ein.

Hinzu kommt, dass eine Abwertung zwar Entlastung bringen könnte, doch würde dann der US-Dollar seine Rolle als Ölwährung nicht weiter spielen können. Die Ölexporteur würden trotz aller politischen Bindungen und Abhängigkeiten dazu übergehen, die Ölexporte auch in anderer Währung als dem US-Dollar zu fakturieren. Die USA, die zwei Drittel ihres Ölverbrauchs importieren, müssten die Einfuhren mit Devisen bezahlen, die sie durch Exporte erst einmal „verdienen“ müssten. Das könnte nur bei einer positiven Sparquote in den USA gelingen. Die Krise würde also eine grundlegende Umlenkung der Finanzströme bewirken. Auch die in den vergangenen Jahrzehnten „eingefahrenen“ Handelsströme würden umgeleitet, wenn die USA nicht mehr wie ein kreditfinanzierter Staubsauger den Weltmarkt leerfegen können.

Die Krise ist also noch längst nicht vorbei. Noch wird vor allem und fast ausschließlich die Finanzkrise bekämpft, mit Billionen Dollars und Euros auf den Finanzmärkten. Die Plagen von Klimakollaps, Peak Oil und Hunger werden dagegen massiv in den Hintergrund gedrängt. An diese weit dramatischeren Verluste mag derzeit niemand denken, und bisher sind sie auch noch nicht verteilt – zwischen den Klassen und zwischen den Nationen. Der Konflikt darum, wer der Letzte sein wird, den die Hunde beißen, hat gerade erst begonnen.

Anzeige

Der Siemens-Skandal



Der Korruptionsfall Siemens

Analysen und praxisnahe Folgerungen
des wissenschaftlichen Arbeitskreises von
Transparency International Deutschland

Herausgegeben von Peter Graeff,
Karenina Schröder und Sebastian Wolf

2009, ca. 216 S., brosch., ca. 24,- €,

ISBN 978-3-8329-4203-8

Erscheint März 2009

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder
versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de



Nomos